

Kommunalpolitische Erklärung

Präambel

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist eine kommunal stark verankerte Partei. Derzeit sind wir mit mehr als 1.000 Mandaten in Niedersächsischen Räten und Kreistagen vertreten, in Bad Harzburg, Lilienthal und Neustadt am Rübenberge gibt es seit der letzten Wahl drei hauptamtliche grüne Bürgermeister. Verstetigende grüne Wahlerfolge wie auch Wiederwahlen grüner MandatsträgerInnen zeigen deutlich die gewachsene Akzeptanz und Wertschätzung der grünen kommunalpolitischen Arbeit. Unser kommunalpolitisches Engagement steht unter dem Motto „Global denken – lokal handeln“; Bürgernähe, Transparenz und direkte Mitbestimmung aller Bürgerinnen und Bürger, auch über den Wahltag hinaus, bilden das Fundament unserer politischen Arbeit vor Ort.

Wir wollen wachsen, denn unsere Kommunen brauchen Grün; Grüne Ideen, Grüne Politik und Grüne Vertreterinnen und Vertreter in den Gremien. Die Herausforderungen, vor denen die Kommunen stehen, sind riesig. Der Klimawandel und die demografische Entwicklung sind nur zwei Beispiele aus dem Katalog der Zukunftsaufgaben unserer Gemeinden. Wir Grüne sind davon überzeugt, dass politische Maßnahmen trotz der globalen Dimension eines Problems auch im Kleinen wirksam sind. Darum ist es wichtig, dass die Kommunen sich dieser Herausforderungen annehmen und handeln.

Aber: vielerorts steht dafür nicht das notwendige Geld zur Verfügung. Die Kommunen und Landkreise stehen finanziell so schlecht da wie noch nie, wobei die regionalen Unterschiede gravierend sind. Die Schere zwischen Armen und Reichen geht immer weiter auseinander, zahlreiche besonders arme Städte, Gemeinden oder Landkreise können sich nicht mehr aus eigener Kraft konsolidieren. Dort wird nur noch Mangel- statt Selbstverwaltung betrieben. Die sogenannten freiwilligen Leistungen müssen gekürzt oder sogar eingestellt, Einrichtungen der allgemeinen, sozialen und kulturellen Daseinsvorsorge geschlossen werden. Die finanzielle Not führt oft zum Abbau von Stellen und zur Erhöhung von Gebühren, Entgelten und örtlichen Steuern. Die Löcher in den kommunalen Haushalten sind oftmals tiefer als die in vielen Gemeindestraßen und führen oft zu gefährlicher Investitionszurückhaltung mit langfristig negativen Konsequenzen.

Die strukturellen Defizite der Gemeindefinanzierung kumulieren mit bereits jetzt spürbaren Auswirkungen des demografischen Wandels. In vielen Regionen in Niedersachsen sinken die Bevölkerungszahlen, teilweise sogar dramatisch. Andernorts verzeichnen niedersächsische Kommunen die höchsten Geburtenraten deutschlandweit. Darum fordern wir differenzierte Herangehensweisen und die Abkehr von der immer noch weit verbreiteten Wachstumsphilosophie, die unter den gegebenen Voraussetzungen nicht mehr zeitgemäß ist. Wir wollen den Green New Deal, die Grüne Antwort auf die Krise,

auf die Kommunen herunter brechen. Das bedeutet, dass geordnete Schrumpfungsprozesse, insbesondere in klimaschädlichen Bereichen, eingeleitet werden müssen und auf die Ausdehnung bestimmter Branchen, zum Beispiel Erneuerbare Energien, ökologische Landwirtschaft, Bildung und das Gesundheitswesen, gesetzt werden muss. Der Umbau unserer Wirtschaft vor Ort wird in der kommenden Wahlperiode in allen Kommunen auf der Tagesordnung stehen – der verschwenderische Umgang mit Ressourcen ist nicht nur nicht mehr gesellschaftsfähig, sondern wir können ihn uns ökologisch wie ökonomisch betrachtet einfach nicht mehr leisten. Hierzu gehört auch die Begrenzung der Flächenversiegelung, die durch die Ausweisung immer neuer Bau- und Gewerbegebiete entsteht.

Kommunalpolitik ist „nah dran“ an den Menschen – und dennoch sinkt die Beteiligung an Kommunalwahlen kontinuierlich. Viele Menschen haben die Einschätzung, Landtags- und Bundestagswahlen seien bedeutsamer, unter anderem, weil sie die Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort nur noch als gering einschätzen. Daran ist auch die oben beschriebene schwierige finanzielle Lage vieler Kommunen schuld, aber das ist nicht der alleinige Grund: Die Kommunalpolitik hat viel an Bürgernähe und Transparenz verloren, die Aufgaben der unterschiedlichen politischen Ebenen sind für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger schwer zu trennen, und für viele ist nicht mehr zu durchschauen, welche Ebene welche Kompetenzen hat. Wir Grüne wollen eine lebendige Demokratie vor Ort. Wir brauchen vielfältige Möglichkeiten zum Mitreden, Mitmachen und Mitentscheiden. Denn die lokale Demokratie lebt von der Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an den örtlichen Entscheidungen und an der praktischen Gestaltung des Gemeinwesens. Gemeinden, Städte und Kreise brauchen das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger mehr denn je.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für Demokratie, Klimaschutz, Ressourcenschutz, soziale Teilhabe sowie Chancen- und Geschlechtergerechtigkeit. Wir fordern das Prinzip der Nachhaltigkeit auf allen Politikfeldern ein. Grüne Politik vor Ort ist unverzichtbar, darum wollen wir deutlich gestärkt aus den Kommunalwahlen am 11. September 2011 hervorgehen und unsere Ideen flächendeckend in den Gemeinden, Städten und Kreisen verankern.

Klimaschutz, Energieversorgung, Ressourcennutzung, Ökologie und Landwirtschaft vor Ort zukunftsfähig gestalten!

Wir Grüne sind die politische Kraft, die für Klimaschutz und nachhaltige Energie- und Umweltpolitik steht. Klimaschutz ist eine globale Aufgabe, die Bund, Land und Kommunen umsetzen müssen. Ziel der Grünen ist es, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um mindestens 40% im Vergleich zu 1990 zu senken und die Anstrengungen zur Deckung des verbleibenden Energiebedarfs aus 100% Erneuerbaren Energien massiv zu erhöhen. Darüber hinaus streben wir die Reduzierung von Treibhausgasen in der Landwirtschaft durch den Ausbau der ökologischen Landwirtschaft und eine konsequente Renaturierung von Mooren an. Wir wehren uns entschieden gegen die Neuausweisung von Torfabbauflächen. Die Freisetzung von Treibhausgasen in industriellen Prozessen muss durch sukzessive Umstellung auf nachwachsende Rohstoffe reduziert werden.

Wir wollen die Kapazität vorhandener Leitungsnetze durch Lastmanagement und Leitungsoptimierung voll ausschöpfen. Neben dem Ausbau des Stromnetzes ist der Bau von dezentralen Energiespeichern zur Erreichung des 100 %-Ziels aus Erneuerbaren notwendig. Darüber hinaus ist die zügige Ergänzung des bestehenden Stromnetzes unumgänglich. Wo neue Leitungen

nötig sind, fordern wir, dass Erdkabel auch im Höchstspannungsbereich grundsätzlich Vorrang vor Freileitungen erhalten; dort, wo Menschen oder Natur und Landschaft beeinträchtigt werden, sind zwingend Erdverkabelungen vorzusehen. Ab ca. 200km Länge sind schon heute unterirdische Hochspannungsgleichstromkabel auch wirtschaftlich konkurrenzfähig. Neben dem Ausbau des Stromnetzes ist der Bau von dezentralen Energiespeichern zur Erreichung des 100%-Ziels aus Erneuerbaren notwendig.

Auch bei völlig falschen Rahmenbedingungen in Bund und Land (Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken, Kürzungen bei Förderprogrammen zur CO₂-Reduzierung) haben niedersächsische Kommunen Handlungsmöglichkeiten für Energieeffizienz und den Ausbau regenerativer Energien! Bund und Land müssen jedoch ihre Fördermittel für den energetischen Umbau der Kommunen wieder aufstocken, CDU und FDP haben zahlreiche gute Projekte und gute Ideen ausgebremst.

Vorrang für Erneuerbare Energien

Kommunen können sich auch als Verbraucherinnen von Atom- und Kohlestrom verabschieden, der Wechsel des Stromanbieters setzt ein deutliches Zeichen bei der CO₂-Reduktion und der Abkehr von risikoreicher Atomtechnologie. Dort, wo die Kommunen eigene Stadtwerke betreiben, sind die Einflussmöglichkeiten ungleich größer. So kann vor Ort zum Beispiel mitentschieden werden, dass die lokalen Energieversorger sich nicht an klimaschädigenden Kohlekraftwerken beteiligen. Diese Gestaltungsmöglichkeiten sind nur ein Grund, warum wir uns als Grüne für kommunale und dezentrale Energieversorgung einsetzen. Einen Bereich, der für die Daseinsvorsorge so elementar wichtig ist, sollte die öffentliche Hand nicht den großen Energiekonzernen überlassen, deren oberstes Gebot die Profitmaximierung ist. Darum unterstützen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN alle Bestrebungen von Kommunen, die Energieversorgung zu rekommunalisieren. Dort, wo diese Lösung nicht möglich ist, fordern wir die Kommunen auf, beim Neuabschluss von Konzessionsverträgen ein deutliches Zeichen für mehr Klimaschutz und Erneuerbare Energien zu setzen. Mit diesen Handlungsoptionen stärken wir die intelligente Energiewende von unten.

Gerade für den ländlichen Raum gibt es im Flächenland Niedersachsen durch regionale Energiegewinnung die große Chance, Arbeitsplätze zu schaffen und regionale Wertschöpfung zu betreiben. Wir wollen, dass alle Kommunen ihre Potenziale zur Gewinnung regenerativer Energien optimal nutzen: Erdwärme, Windkraft, Solartechnologie, Wassermasse und Biomasse sollen im Rahmen der ökologischen und menschlichen Verträglichkeit vorangetrieben werden. Vor Ort können entsprechend optimierte Flächennutzungspläne und Raumordnungsprogramme als Instrumente genutzt werden, um diese Entwicklungen zu fördern. Wir wollen die Bürger in den Regionen optimal an der Wertschöpfung regenerativer Energien beteiligen. Gemeinden sollen Bürgerwindparks oder Bürgersolaranlagen unterstützen.

Mit regionalen Klimaschutzkonzepten können auf der Basis einer differenzierten CO₂-Bilanz vor Ort Handlungsmöglichkeiten entwickelt werden, um mit möglichst geringen finanziellen Mitteln ein Höchstmaß an CO₂-Einsparung in der Region (Gemeinde, Stadt oder Landkreis) zu erreichen. So kann der Umbau der Energieversorgung vor Ort schrittweise, abgestimmt und ökonomisch sinnvoll erfolgen. Eine Energieagentur kann das technische Know-how in einer Region zusammenführen. Als Synergieeffekte können eine gute Beratung und Betreuung für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen bei der Umsetzung von Projekten im Bereich der Erneuerbaren Energien entstehen. Die Energieagentur entwickelt Konzepte zur Energieerzeugung und – Einsparung in Fortschreibung des Klimakonzepts. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern Energieagenturen, die von den Kommunen

gemeinsam mit anderen AkteurInnen wie beispielsweise örtlichen Stromversorgern, Solarinitiativen, Wohnungsbaugesellschaften, Handwerkskammern, EnergieberaterInnen und anderen betrieben werden.

Wir wollen Klimaschutz als Teil des Umweltschutzes in den Kommunen als Querschnittsaufgabe verankern. Bei allen Planungen, z.B. bei Bau- und Sanierungsmaßnahmen, und im gesamten Beschaffungswesen sollen Gesamt-Ökobilanzen unter Einbeziehung der Klimaaspekte erstellt werden – gleich, ob es um das neue Dach der Bibliothek oder um die Heizung der Grundschule oder die Art des verwendeten Dämmmaterials im alten Rathaus geht. Zusätzlich zu den sinkenden Betriebskosten bei öffentlichem Gebäudebestand profitieren von diesen Maßnahmen auch die Handwerksbetriebe und Unternehmen vor Ort.

Verwaltungen haben Vorbildfunktion

Öffentlichen Gebäudebestand energetisch zu sanieren und Erneuerbare Energien sichtbar und optimal zu nutzen, Photovoltaik auf dem Dach und eine moderne Heiztechnik sind für Kommunen Pflicht. Auch bei der Beschaffung sollte der Energie-Check selbstverständlich sein, und das Personal muss im Hinblick auf mehr Energieeffizienz und Einsparungen geschult werden, von der/ dem SchulhausmeisterIn bis zur/ zum FachbereichsleiterIn und dem Betriebshofpersonal. Frei nach dem Motto „Tue Gutes und rede darüber“ müssen Erfolge in der CO₂-Einsparung bekannt gemacht werden, damit erkennbar wird, dass die Kommune als Ganzes hinter dem Ziel des Klimaschutzes steht.

Darüber hinaus müssen in allen Gebäuden der öffentlichen Hand gesunde Arbeits- und Lebensverhältnisse herrschen. Das bedeutet in erster Linie, dass diese Gebäude auf Schadstoffe, wie z.B. Asbest, PCB, Formaldehyd, Schimmelpilzsporen, etc. untersucht und ggf. entsprechend saniert werden müssen, am besten im Zuge der o.g. energetischen Sanierung.

Alle politischen Beschlüsse und jedes Verwaltungshandeln sollten nicht nur auf ihre finanziellen Auswirkungen hin geprüft werden, sie müssen auch die ökologischen Auswirkungen und die sozialen Folgen berücksichtigen. Das gilt für Bauplanungen genauso wie im kommunalen Beschaffungswesen: So kann es beispielsweise finanziell attraktiv sein, ein Fahrzeug zu leasen, das 7 Liter Benzin auf 100 Kilometern verbraucht – ökologisch und nachhaltig ist das nicht. Bezieht man Klimafolgen und Umweltbilanz mit ein, sollte ein möglichst kleines und langlebiges Fahrzeug (geringer Materialverbrauch) mit geringem Verbrauch genutzt werden, auch wenn es zunächst etwas teurer erscheint.

Wir wollen, dass Gemeinden, Städte oder Landkreise Initiativen und Firmen unterstützen, die sich für nachhaltiges Wirtschaften einsetzen, zum Beispiel in der Landwirtschaft, bei Energie-Effizienz oder im Fair-Trade-Handel. Produkte, die beispielsweise in Entwicklungsländern unter unwürdigen oder menschenverachtenden Bedingungen produziert werden, dürfen von Kommunen auch nicht bestellt, bzw. beschafft werden.

Nachhaltige Kommunalentwicklung

Sanierung von Gebäuden soll, soweit in der Gesamtschau sinnvoll, vor Neubauten stehen. Das schont Ressourcen und Energie: Zement, gebrannte Steine, Dachziegel, Aluminium usw. sind alle Materialien, deren Produktion viel Energie verbraucht. Sind Neubauten erforderlich, ist bei den verwendeten Materialien die Gesamtökobilanz zu beachten. Durch die Schaffung von optimalen

Voraussetzungen für die Nutzung von Erneuerbaren Energien und Passivhausbauweise kann Energie gespart werden. Aber auch die Sanierung im Bestand ist wichtig und kann erhebliche Energie-Einsparpotenziale freisetzen. Zur Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger können Kommunen ein Dachkataster für die Eignung von Dachflächen für Photovoltaik und Solarthermie anlegen und kompetente Beratung anbieten. Die Energie- und Bauberatung erfolgt idealerweise in Zusammenarbeit mit den örtlichen Stadtwerken, Handwerksfirmen und Energieagenturen. Schon im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren sollte auf die Möglichkeit der kostenlosen energetischen Beratung des Bauvorhabens hingewiesen werden, um den bestmöglichen energetischen Standard zu erreichen. Zuschüsse für ökologisch vorteilhafte Baumaßnahmen können Initialwirkung entfalten. Die Verleihung eines Umweltpreises schafft Öffentlichkeit und honoriert das ökologische Bewusstsein einzelner."

Für Neubaugebiete sollen durch Eigenvermarktung der Flächen oder durch städtebauliche Verträge Vorgaben für Energiestandards mit dem Bebauungsplan festgelegt werden. Neubauten sollen nur noch als Nullenergiehäuser erlaubt werden, z.B. Passivhausstandard mit Nutzung von Solarthermie und Fotovoltaik. Grüne setzen sich für den weiteren Ausbau der onshore Windenergie ein. Dabei sind ausreichende Abstände zu den Siedlungsflächen und wertvollen Naturgebieten einzuhalten. Alte Anlagen sollen durch Repowering zur effizienteren Energieerzeugung ersetzt werden. Der Bau neuer Biogasanlagen soll nur mit Nutzung der Abwärme oder Einspeisung in das Gasnetz genehmigt werden.

Innenentwicklung statt Flächenfraß

'Land gewinnen' ist angesagt. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger sind besorgt darüber, wie schnell in den letzten Jahrzehnten durch Baugebiete die freie Landschaft eingeengt wurde und unersetzbarer Boden verloren ging. Für diesen fortschreitenden Flächenverbrauch gibt es angesichts stagnierender oder sinkender Einwohnerzahlen künftig keine Rechtfertigung mehr.

Wir Grüne wollen die bessere Gestaltung der vorhandenen Innenbereiche zu einem zentralen Thema der Kommunalpolitik machen. Wir wollen Ortszentren beleben und erteilen Mega-Märkten auf der grünen Wiese eine Absage. In den Städten und Gemeinden sollen Baulücken und Brachflächen systematisch erfasst und genutzt werden. Wenn Gewerbebetriebe stillgelegt werden, sind ihre Grundstücke zu recyceln - bei Bedarf mit staatlicher Förderung.

Den unsinnigen Wettbewerb der Städte und Gemeinden bei der Ausweisung neuer Wohn- und Gewerbegebiete wollen wir unterbinden. Dazu setzen wir auf Kooperation zwischen den Gemeinden und streben interkommunale Gewerbegebiete an. Ein kommunales Programm für Innenentwicklung und Flächensparen ist auf die intensive Einbindung der Bürger angewiesen. Hier bieten sich hervorragende Möglichkeiten für lebendige Demokratie vor Ort. Zahlreiche gute Beispiele aus ganz Deutschland laden zum Mitmachen ein.

Klimaschonende Mobilität

Der Verkehrssektor ist immer noch für einen erheblichen Anteil des CO₂ Ausstoßes verantwortlich. Als Grüne wollen wir so viel Verkehr wie möglich auf die Schiene bringen, sowohl was den Transport von Gütern betrifft, als auch die Personenbeförderung. Darum wollen wir den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ausbauen und optimieren. Hier sind die Kommunen auf die

Unterstützung von Land und Bund angewiesen. Bei der Reaktivierung von stillgelegten Schienenstrecken und Haltepunkten, aber auch bei der Vereinfachung und dem Ausbau von Mobilitätsdienstleistungen müssen alle politischen Ebenen gemeinsam mit den Anbietern auf der Schiene und Straße zusammenarbeiten. Vor Ort, besonders in dünn besiedelten Gebieten, können Bürgerbusse, Car Sharing und andere flexible Lösungen eine gute Ergänzung zum regulären ÖPNV-Angebot sein.

Nicht nur zur Reduzierung klimarelevanter Emissionen, sondern auch zur Verbesserung der Verkehrssicherheit setzen wir uns für Geschwindigkeitsbegrenzungen und bessere Bedingungen für Fußgänger und Radfahrer ein: Ampelschaltungen mit Vorrang für Fußgänger und der Ausbau qualifizierter Infrastruktur wie z.B. Radwege für Fahrradfahrer gehören dazu.

Landwirtschaft: öko – logisch!

Wir sind auch und gerade vor Ort verantwortlich für die Sicherung und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, von Natur und Landschaft, Tier- und Pflanzenarten, sauberer Luft und sauberen Wassers. Gebiete mit besonderen Tier- und Pflanzenarten müssen erhalten bleiben und Gewässer in einen ökologisch guten Zustand gebracht werden. Gemeinden und Landkreise haben hier erhebliche Gestaltungsmöglichkeiten durch die Landschaftsplanung, durch die Ausweisung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten, durch die konsequente Überwachung im Natur- und Gewässerschutz und durch die kreative Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung: Grüne stehen für Flächenpools, Ökokonten, die Bündelung von Ausgleichsmaßnahmen und die konsequente Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Wir setzen uns für Biotopvernetzung ein und die umfassende Sicherung und Pflege von Flora-Fauna-Habitat-(FFH-)Gebieten. Lokale Naturschutzprojekte wie z.B. Acker- oder Gewässerrandstreifenprogramme finden unsere volle Unterstützung. Die ökologische Landnutzung unterstützt den Schutz natürlicher Ressourcen.

In einem Flächenland wie Niedersachsen spielt die Landwirtschaft immer noch eine große Rolle. Gerade deshalb kommt es darauf an, wie sie betrieben wird. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine VerbraucherInnen orientierte, sozial-ökologische und, wo immer möglich, regionalbezogene Landwirtschaft mit Ausbau des Ökolandbaus ein. Wir sind gegen Massentierhaltung und für artgerechte Tierhaltung. Darum lehnen wir die Industrialisierung der Landwirtschaft ab und fordern den Stopp überdimensionierter und am Bedarf vorbei geplanter Mast- und Schlachthanlagen. Diese Tierfabriken sind nicht nur Gift für die bäuerliche Landwirtschaft, sondern auch für den wichtigen Wirtschaftsfaktor Tourismus in unsrem Bundesland. Wir fordern die Kommunen auf, solche Projekte über Brandschutz- und Keimschutzaufgaben zu verhindern, wie das schon im Emsland geschieht.

Die Mehrheit der Menschen möchte gesunde und gentechnikfreie Lebensmittel kaufen. Unter den Bedingungen der industrialisierten Landwirtschaft wird es immer wieder zur Produktion schadstoff- bzw. keimbelasteter Lebensmittel kommen, die die Gesundheit der Menschen zumindest mittelfristig gefährden.

Wir lehnen auch den Einsatz von Gentechnik konsequent ab. Dort, wo die Kommunen eigene Flächen haben oder in kommunalen Einrichtungen wie Kantinen, Kindergärten oder Schulen Einfluss nehmen können, sollten sie auf den Einsatz gentechnisch manipulierten Saatgutes oder veränderter Lebensmittel verzichten. Wir wollen möglichst viele gentechnikfreie Regionen in Niedersachsen durchsetzen.

Bildung ist Zukunft!

Unsere Kommunen stehen vor der großen Herausforderung, trotz geringer finanzieller Mittel ein umfassendes und qualitativ hochwertiges Bildungsangebot für alle bereit zu stellen. Der demografische Wandel nimmt uns in die Pflicht mehr zu tun: mehr Kinderbetreuung, bessere Schulen, mehr Ausbildungs- und Studienplätze sowie neue Weiterbildungsangebote müssen die Formel des lebenslangen Lernens mit Leben füllen.

Die Entwicklung vor Ort, die Förderung von Lebensqualität, Beschäftigung und Wirtschaftskraft steht in einem engen Zusammenhang mit dem Angebot an Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Ausfüllung des Bildungsauftrages durch Kinderbetreuungseinrichtungen und gute schulische Angebote werden für die Kommunen immer wichtiger – haben aber auch ihren Preis. Dennoch: Ausgaben für die Bildung sind Investitionen in die Zukunft, sie sind auch der Schlüssel zu mehr sozialer Gerechtigkeit und Armutsprävention.

Kinder in den Mittelpunkt – von Anfang an!

Beim Ausbau der frühkindlichen Bildung ist Niedersachsen bundesweit immer noch Nachzügler. In kaum einem anderen Bundesland gibt es so wenig Krippenplätze wie hier. Dabei muss auch Niedersachsen den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz bis 2013 umsetzen. Die Kommunen sind hier in der Pflicht, doch muss das Land seine finanziellen Zusagen beim Krippenausbau endlich einlösen. Als Grüne setzen wir uns dafür ein, dass in den Einrichtungen für Kinder besondere Qualitätsstandards gelten, sowohl bei der Betreuung durch gut qualifiziertes und vor allem ausreichendes Personal als auch bei dem Platz und dem Essen für die Kleinsten. Grünes Ziel ist, den Personalschlüssel in den Krippen in einem ersten Schritt auf eine pädagogische Fachkraft für höchstens 5 Kinder zu verbessern. Der Personalschlüssel in Kita-Gruppen für 3- bis 6-Jährige soll auf eine pädagogische Fachkraft für höchstens 10 Kinder erhöht werden. Hierzu ist vom Land und vom Bund ein finanzieller Ausgleich zu schaffen. Damit alle Kinder die kommunalen Einrichtungen besuchen können, legen wir Wert auf sozial ausgewogene Gebühren, wobei das Ziel der gebührenfreien Kinderbetreuung anzustreben ist.

Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt Kindern mit Migrationshintergrund, die fast überall einen wachsenden Anteil aller Kinder darstellen. Integration und Spracherwerb fallen Kindern noch sehr viel leichter als Erwachsenen. Darum ist es besonders wichtig, die Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen auf die Herausforderung 'Integration' vorzubereiten und Familien mit Migrationshintergrund zu ermutigen, die Angebote wahrzunehmen und sich an der Elternarbeit zu beteiligen.

Die Lehramtsaus- und fortbildung ist vom Land den neuen Anforderungen entsprechend bestmöglich anzupassen. Wir arbeiten daran, die wertvollen sonderpädagogischen Kompetenzen der Förderschulen, inkl. personeller Ressourcen, sanft in Regelschulen zu etablieren, um Schülerinnen und Schüler mit sozialpädagogischem Förderbedarf wie Schwerpunkt Lernen, emotionale und sprachliche Entwicklung und Sprache in die allgemeinen Schulen zu integrieren,

Der Ratifizierung der UN-Behinderterechtskonvention folgend setzen wir uns dafür ein, die Förderschulen mit dem Schwerpunkt geistige, motorische und körperliche Entwicklung sowie Sehen und Hören bedarfsabhängig als Kompetenzzentren zu entwickeln, um sonderpädagogische Förderung

unter Wahrung des Elternwahlrechts überwiegend oder vollständig in die allgemeinen Schulen zu verlagern. Wir werden uns für die Einrichtung von Unterstützungs- und Beratungszentren für Eltern und Schulen zur Umsetzung von Inklusion einsetzen, um Vorbehalte abzubauen und den Prozess massiv voranzubringen.

Schule – neu denken, anders lernen!

Als Schulträger haben die Landkreise und Gemeinden in der Bildungspolitik bereits jetzt gewisse Spielräume, aber BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass noch mehr Kompetenzen auf die Schulträger und auch auf die Schulen selbst verlagert werden. Vor Ort kann oftmals am besten entschieden werden, welche Anschaffungen nötig sind, wie der Elternwille am besten umgesetzt werden kann und welche Lehrkräfte am geeignetsten sind.

Schulstrukturen sind nicht alles, aber dennoch schaffen sie Rahmenbedingungen, die für unsere Kinder von entscheidender Bedeutung sind. Wir lehnen die Ungleichbehandlung verschiedener Schulformen, wie die derzeitige Landesregierung aus CDU und FDP sie aus ideologischen Gründen betreibt, ab. Wir sprechen uns dafür aus, dass alle Kinder möglichst lange gemeinsam lernen. Aufteilen nach Klasse 4 oder das Aussortieren von Kindern mit Beeinträchtigungen halten wir für einen Fehler. Wir setzen alles daran, in Niedersachsen ein gerechteres Schulsystem zu etablieren, in dem alle Kinder die besten Chancen bekommen. Wir wollen den sofortigen Einstieg in eine neue Lernkultur, in der Kinder nicht mehr sitzen bleiben oder abgeschult werden, in der neue Wege im Unterricht gegangen werden und die die Heterogenität der Kinder als Chance begreift. Voraussetzung dafür sind u.a. kleinere Klassen.

Ein Abschied vom viergliedrigen Schulsystem trägt darüber hinaus auch dazu bei, kurze Wege zu den Schulen zu erhalten, denn gerade im ländlichen Raum wird schon jetzt und in den kommenden Jahren bei abnehmenden SchülerInnenzahlen über die Schließung kleinerer Standorte diskutiert.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen seit jeher den Ausbau von Ganztagschulen. Auch hier müssen die Kommunen mehr Druck auf das Land Niedersachsen ausüben, denn derzeit bleiben die Schulträger allein auf den Mehrkosten sitzen. Gebundene Ganztagschulen brauchen ein pädagogisches Konzept und mehr Personal. Gesundes Mittagessen und sozialpädagogische Betreuung gehören unserer Meinung nach ebenso zur Ganztagschule wie die Kooperationen mit regionalen PartnerInnen aus Kultur, Sport, Wirtschaft und anderen Verbänden und Vereinen. Wir fordern die Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen. Menschen mit Behinderungen aller Altersgruppen sind mit allen ihren Stärken und Schwächen als selbstverständlicher Teil der Gesellschaft anzuerkennen und dürfen nicht ausgegrenzt werden.

Wegbereiter in den Arbeitsmarkt

In den Schulen wird der Grundstein für eine erfolgreiche Ausbildung gelegt. Schon jetzt gibt es in vielen Berufen einen Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern, aber dennoch werden in jedem Jahr unzählige Jugendliche in Warteschleifen geparkt. Die kommunalen Handlungsmöglichkeiten sind hier begrenzt, aber gute Kontakte zu Betrieben vor Ort und die Stärkung der regionalen Wirtschaft sowie die nicht zu unterschätzende Vorbildfunktion der Verwaltungen können wichtige Impulse setzen. Als optierende Kommune oder PartnerIn in einer ARGE können die Städte und Landkreise darüber hinaus

tätig werden und besonderes Augenmerk auf die Qualifizierung und Vermittlung von jungen Menschen legen und innovative Projekte (zum Beispiel Ausbildungsverbände, in denen mehrere Unternehmen gemeinsam Ausbildungsverantwortung übernehmen) modellhaft auf den Weg bringen.

Kommunalverfassung reformieren

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat kürzlich eine neue Kommunalverfassung verabschiedet, die den Namen Aufbruch nicht verdient. Die Amtsperiode der Hauptverwaltungsbeamten ist mit acht Jahren deutlich zu lang und muss wieder auf fünf Jahre verkürzt werden. Die Hürde im Abwahlverfahren ist mit einer $\frac{3}{4}$ -Mehrheit deutlich zu hoch und muss erleichtert werden.

Als eine böse Attacke gegen kommunale Demokratie und Beteiligung werten wir die Abschaffung der Stichwahlen für das BürgermeisterInnen- und Landratsamt. Die Stichwahl muss wieder eingeführt werden.

Für einen Green New Deal und nachhaltige Finanzen

Ökologie und Ökonomie gehören zusammen, denn die Umstellung unserer Wirtschaftsweise und der Produktion auf Nachhaltigkeit schafft Innovation und neue Jobs. Kein anderer Wirtschaftssektor hat in den vergangenen Jahren so viel positive Effekte für den Arbeitsmarkt gehabt wie der Klimaschutz. Und dies nicht nur in den Unternehmen, die Umwelttechnologien produzieren, sondern auch und gerade in den angrenzenden Produktionsketten und dem Handwerk.

Daher setzen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf eine konsequente Umsetzung des Green New Deal auf kommunaler Ebene. Wir sehen die aktuellen Herausforderungen als Chance, vor Ort die Wirtschaft durch Grüne Konzepte nachhaltig zu stärken. Die Kommunen sind dazu angehalten, diesen Prozess aktiv mitzugestalten. Hierzu gehört, bei der Wirtschaftsförderung konsequent den Bereich des Klimaschutzes und der Umwelttechnologien auszubauen. Es gilt, die in diesem Sektor handelnden AkteurInnen zusammen zu bringen und Kooperationen auszubauen.

Finanzen auf gesunde Füße stellen

Demokratie beginnt vor Ort – sie kann aber nur stattfinden, wenn vor Ort auch gestaltet werden kann. Die schwarz-gelben Regierungen im Bund und Land lassen die Kommunen im Regen stehen. Sie haben immer mehr Aufgaben auf die Gemeinden und Kreise übertragen, ohne aber die dafür erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen oder die Einnahmesituation der Kommunen anderweitig zu verbessern. Statt dessen beabsichtigen sie die Abschaffung der Gewerbesteuer, die trotz aller konjunkturellen Schwankungen die Haupteinnahmequelle für die Kommunen darstellt. Damit würde das Band zwischen den Kommunen und ihren örtlichen Wirtschaftsunternehmen zerschnitten und der kommunalen Selbstverwaltung eine ihrer tragenden Säulen genommen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine angemessene und gerechte finanzielle Ausstattung der Kommunen. Zur Unterstützung der besonders notleidenden Kommunen wollen wir die Mittel für den kommunalen Finanzausgleich erhöhen. Die Grundsteuer muss reformiert werden, um mehr Steuergerechtigkeit und eine bessere ökologische Lenkungswirkung zu erzielen. Bei der Einkommensteuer wollen wir die Einnahmen - die zum Teil auch den Kommunen zufließen - erhöhen, indem der Spitzensteuersatz angehoben und das Ehegattensplitting so weit wie

möglich abgeschmolzen wird. Entscheidend ist auch eine Entlastung der Kommunen von den gesamtgesellschaftlichen Kosten der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, aus deren Finanzierung der Bund sich in den letzten Jahren sukzessive zurückgezogen hat. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer wollen wir steigern, indem wir sie zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer mit einer verbreiterten Bemessungsgrundlage durch die verstärkte Hinzurechnung von Zinsen, Mieten, Pachten, Leasingraten, Lizenzen und die Einbeziehung von FreiberuflerInnen weiterentwickeln. Das führt zu einer Verstetigung der Einnahmen und fairen Wettbewerbsbedingungen. Wir halten es für richtig, dass die örtliche Wirtschaft sich weiterhin an den Kosten der kommunalen Daseinsvorsorge beteiligt und dabei auch die FreiberuflerInnen ihren Anteil dazu beitragen. Die zusätzlichen FAG-Mittel (FAG = Finanzausgleichsgesetz) müssen gesetzlich fixiert, insbesondere als jährliches Budget für eine Altschuldenregelung zur Verfügung stehen, mit der den am stärksten verschuldeten Gemeinden ein Weg aus ihrer „Vergeblichkeitsfalle“ eröffnet werden muss.

In ihren Kommunen müssen Bürger und Bürgerinnen auch über die Bauleitplanung abstimmen dürfen und ein zulässiger Bürgerentscheid muss aufschiebende Wirkung haben. Die hohen Beteiligungsquoten müssen abgesenkt werden. An den Kosten der kommunalen Daseinsvorsorge muss sich auch weiterhin die örtliche Wirtschaft beteiligen, aber unter fairen Wettbewerbsbedingungen, indem auch die FreiberuflerInnen in die kommunale Wirtschaftssteuer einbezogen werden.

Wir Grüne haben in der Vergangenheit gezeigt, dass es gerade in Zeiten „knapper Kassen“ wichtig ist, Schwerpunkte zu setzen und die politischen Ziele nicht aus den Augen zu verlieren. So dürfen Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit ebenso wie Investitionen in Bildung nicht nach Kassenlage entschieden werden. Die Kommunen müssen ihre Ausgaben kritisch auf den Prüfstand stellen, jedoch zugleich in ihre Zukunft investieren. Das Land muss für alle nachhaltigen Investitionsmaßnahmen wie zum Beispiel energetische Gebäudesanierungen von Schulen und Kitas weiterhin Kreditaufnahmen ermöglichen. Zum Erhalt der Zukunftsfähigkeit gehört jedoch auch, die eigene Steuerungsfähigkeit nicht wegzusparen. Zahlreiche kommunale Beispiele belegen, dass die öffentliche Hand politische Handlungsmöglichkeiten verliert, wenn Aufgaben der Kommune in privatrechtlich organisierte und orientierte Unternehmen ausgelagert werden. Egal ob die Abfallwirtschaft, der soziale Wohnungsbau, Krankenhäuser oder die Wasser- und Energieversorgung: die Kommunen haben längst bewiesen, dass sie effizient und sorgfältig wirtschaften können. Neoliberalen Privatisierungstendenzen erteilen wir daher eine klare Absage. Im Gegenteil: wir wollen die Chancen für mehr kommunale Wirtschaft weiter steigern.

Für Kommunen kann eine Gebietsfusion mit einer Nachbargemeinde eine Chance sein, die Aufgaben gemeinsam und effizient zu erledigen. Wir versperren uns diesen Debatten nicht, fordern aber ein transparentes und bürgerinnenfreundliches Verfahren.

Grüne stehen für eine Politik, die die Bürgerinnen und Bürger direkt mit einbezieht. Denn schließlich geht es um die Ausstattung und Weiterentwicklung ihres direkten Lebensumfeldes. Es geht um ihre Kommune, um ihre Infrastruktur und ihre sozialen und kulturellen Angebote. Daher setzen sich Grüne für partizipative Angebote entsprechend der Grundidee eines BürgerInnenhaushalts ein.

Soziale Teilhabe – kommunal gestalten.

Den Kommunen kommt eine besondere Verantwortung in der Frage zu, wie wir gemeinsam leben wollen, wie das Miteinander aller Menschen organisiert wird, wie wir den demografischen Wandel als

Herausforderung annehmen und wie wir das Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Staat gestalten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine transparente und bürgerInnennahe Kommunalpolitik, in der Partizipation gelebt wird und die den lokalen Zusammenhalt fördert.

Armut wirksam bekämpfen!

Soziale Ausgrenzung und Armut sind zwei Seiten derselben Medaille. Dabei sind insbesondere Lebenssituationen, in denen Menschen kaum Chancen haben, an Erwerbsarbeit oder andere sinnvolle Beschäftigung zu gelangen, besonders im Fokus. Die Probleme von Alleinerziehenden, Erwerbslosen, jungen Menschen und Menschen mit Beeinträchtigung müssen daher vor Ort besondere Beachtung finden. Die Begleitung, Betreuung und Beratung vor Ort ist ebenso eine wichtige kommunale Aufgabe wie das Aufzeigen von Wegen aus der Erwerbslosigkeit und die Qualifizierung.

Kommune heißt Miteinander.

Jedes Dorf, jede Stadt, jeder Stadtteil oder Bezirk ist so lebendig, wie die Menschen, die mithelfen, das Leben vor Ort zu gestalten. Bürgerschaftliches Engagement ist eine Säule des Zusammenlebens, die aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken ist. Von Nachbarschaftshilfe über Kinder- oder Seniorenbetreuung, Vereine, Verbände und Kulturinitiativen – ehrenamtliche Helferinnen und Helfer erhalten viele Angebote aufrecht, die die Kommunen aufgrund der schlechten finanziellen Situation schon lange abgeschafft haben. Als Partei, die selber aus der BürgerInnenbewegung hervorgegangen ist, unterstützen wir Grüne dieses freiwillige Engagement und treten dafür ein, dass in den Kommunen Strukturen geschaffen werden, die fördernd und unterstützend wirken. Freiwilligenagenturen können dafür eine gute Anlaufstelle sein. Dennoch kann Politik sich nicht aus der Verantwortung stellen und alle freiwilligen Leistungen auf Ehrenamtliche delegieren. Die kommunale Daseinsvorsorge umfasst neben wirtschaftlichen auch soziale und kulturelle Dienstleistungen, die entsprechend finanziert werden müssen. Die – unbedingt notwendige und wünschenswerte – Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements ist hier aber nur ein Baustein von vielen. Erfolgreiche und vielerorts etablierte Projekte, die durch das Programm „Soziale Stadt“ gefördert wurden, stehen nun vor dem Aus, weil die schwarz-gelbe Bundesregierung die nicht-investiven Mittel des Städtebauförderungsprogramms rigoros zusammengestrichen hat. Vor dem Hintergrund der aktuellen Integrationsdebatten und der zunehmenden sozialen Spaltung in unseren Städten ist dies der blanke Hohn; die Bundesregierung lässt die Kommunen einmal mehr im Regen stehen.

Soziale Konfliktlagen und gesellschaftliche Ungleichheit

Das Auftreten von Problemen wie Kriminalität, Gewalt und Sucht nehmen Grünen zum Anlass Ursachen zu analysieren. Kontrolle, Sanktionen und Repressionen können nur oberflächlich betrachtet Abhilfe schaffen. Grüne fördern zum einen den Erhalt bzw. den Auf- und Ausbau präventiver Konzepte und fordern zum anderen Maßnahmen, die die Ursachen bekämpfen. Dazu gehören der Abbau von ungerechter Benachteiligung in allen gesellschaftlichen Bereichen und die Unterstützung bei der Bewältigung von individuellen und gruppenspezifischen Problemlagen sowie die Eröffnung von persönlichen Entwicklungsperspektiven.

Kleine Projekte – große Wirkung

In jedem Jahr stehen die kommunalen Haushälterinnen und Haushälter vor zahlreichen Anträgen von unterschiedlichsten TrägerInnen sozialer Projekte, die Zuschüsse beantragen, um ihre erfolgreiche Arbeit fortzuführen oder eine neue Idee umzusetzen. Interkulturelle Projekte, die das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen und Religionen befördern sollen, geschlechtsspezifische Präventionsarbeit, die örtliche Initiative gegen Rechtsextremismus oder der Kulturverein brauchen die Unterstützung der gesamten Kommune. Von diesen und anderen Projekten profitieren alle, und wichtige Funktionen, die die Gemeinschaft vor Ort nicht selbständig erfüllen kann, werden unterstützt. Oftmals haben kleine Geldbeträge hier große Wirkung. Grüne in den Räten und Kreistagen wollen trotz klammer Kassen Mittel für kleine Projekte mit großer Wirkung bereit stellen.

Jung und alt

Die Gesellschaft verändert sich. Die Menschen leben immer länger, weniger Kinder kommen nach und der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund steigt. Auf diese Herausforderungen müssen Kommunen sich einstellen, wenn sie für die Zukunft fit sein wollen. Als Grüne wollen wir kinderfreundliche Kommunen, aber darüber wollen wir die Seniorinnen und Senioren nicht vergessen. Lebensqualität und Selbständigkeit im Alter sind uns wichtig, die Betreuung im Alter muss stärker in das kommunale Zusammenleben eingebettet werden. Neben den nötigen Altenpflegeheimen wollen wir die ambulante Versorgung ausbauen und mit neuen Wohnformen auf den unterschiedlichen Bedarf alter, selbständiger Menschen reagieren. Kommunale Altenpolitik muss eine Infrastruktur der Grundversorgung aufbauen. Barrierefreie Innenstädte, altersgerechtes Wohnen, ein bedarfsgerechtes Angebot des ÖPNV, gute medizinische Versorgung (auch im ländlichen Raum), vermehrte ambulante Angebote und Zugang zu guter Pflege sind für unsere alternde Gesellschaft wichtige Aspekte, die vor Ort geschaffen werden müssen. Mehrgenerationenprojekte halten wir für sinnvoll und unterstützenswert, um das harmonische Zusammenleben von jung und alt zu fördern.

Frauen

Der statistische Anteil von Frauen in Führungspositionen und wichtigen Entscheidungsgremien bleibt nach wie vor weit hinter vertretbaren Anteilen zurück. Grüne fordern neben einer proaktiven Personalpolitik eine gezielte Personalentwicklung in den Verwaltungen der Städte und Gemeinden. Wo kommunale Wirtschaftsförderprogramme aufgelegt werden, muss Gendermainstreaming in den Katalog der Förderkriterien aufgenommen werden. Frauen sollen außerdem vermehrt in die Politik einbezogen werden, indem sie u.a. als Gremienvertreterinnen und als beratende Mitglieder in Fachausschüsse gewählt werden.

Ihr gesellschaftlicher Beitrag soll darüber hinaus verstärkt öffentlich anerkannt werden, indem z.B. neue Straßen und Plätze zu mindestens 50% nach Frauen benannt werden.

Lebendige Demokratie beginnt vor Ort

Eine starke Demokratie lebt von der Einmischung ihrer Bürgerinnen und Bürger. In den Städten, den Dörfern und den Landkreisen findet zumeist der erste Kontakt mit politischen Entscheidungen statt. Die Erfahrungen vor Ort prägen vielfach das Bild der Demokratie und legen die Grundsteine für das eigene Engagement. Grüne machen sich stark für mehr Beteiligung, mehr Transparenz und mehr Demokratie mit dem Ziel, eine selbstbewusste demokratische Kultur des Mitgestaltens zu etablieren.

Wir stehen für die demokratische Teilhabe in einer offenen, pluralistischen Gesellschaft, in der unterschiedliche Lebensformen Platz haben. Mit der Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden wollen wir die direkten Beteiligungsmöglichkeiten in den Kommunen, Ländern und im Bund ausbauen.

Teilhabe setzt freie und frühzeitig verfügbare Informationen zu aber auch über Entscheidungsprozesse voraus. Alle Einladungen, Ankündigungen und andere Veröffentlichungen sollen dazu so früh als möglich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Kommunen sollen Informationsfreiheits-satzungen aufstellen und damit den Bürgerinnen und Bürgern zumindest in ihrem eigenen Wirkungs-kreis volle Akteneinsicht gewähren.

Zusätzlich zu Amtsblatt, Zeitung oder Aushang sollten Informationen auch in digitaler Form verbreitet werden, um mehr Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu verschaffen. Jede Kommune braucht eine barrierefreie Internetpräsenz.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich insbesondere für eine stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Politik vor Ort ein. Dafür ist es wichtig, sowohl das aktive als auch das passive Wahlalter zu senken. Aber auch hier geht Mitbestimmung über die Abgabe der Stimme hinaus. Die Kommunen bieten einen Raum, um aktiv und konkret Demokratie zu erlernen und zu erfahren. Dazu müssen Kinder und Jugendliche ein Forum bekommen, um bei Projekten, die sie direkt betreffen, mit-reden und mitbestimmen zu können. Sei es die Neugestaltung eines Spielplatzes, der Sportplatz, die Skaterbahn oder der Jugendtreff – gerade die Kommunalpolitik darf nicht über die Köpfe der jungen Menschen hinweg entscheiden, sondern muss attraktive Beteiligungsmöglichkeiten schaffen. Grüne stehen für echte Mitmachkommunen. Insbesondere unterstützen wir den Betrieb, Erhalt und weiteren Ausbau selbstverwalteter Jugendhäuser. Den Diffamierungskampagnen, die vielerorts von Konservati-ven gegen bestehende autonome Jugendzentren initiiert werden, stellen wir uns entgegen.

Vielfalt und Weltoffenheit in der Kommune

Integrationspolitik vor Ort zu gestalten ist eine Schlüsselaufgabe für die Zukunft. Auch hier stehen die Kommunen vor großen Herausforderungen. Integrationspolitik darf nicht länger defizitär gedacht werden. In Zeiten der Europäisierung und Globalisierung stellen Interkulturalität und Mehrsprachigkeit eine Bereicherung dar, die wir konsequent anerkennen und nutzen wollen.

Da fortwährend NeuzuwanderInnen nach Deutschland kommen, muss Integration als anhaltender und dynamischer Prozess verstanden werden. Wir Grüne stehen für ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in unserem Land, ermöglicht durch soziale Chancengleichheit und in kultureller Selbstbestimmung.

Die Erfolge und Probleme im Zusammenleben werden in der Gemeinde oder im Stadtteil direkt spürbar. Dies gilt gerade dann, wenn sich sozial benachteiligte MigrantInnen räumlich auf bestimmte Stadtteile und Quartiere konzentrieren. Die dort zum Teil bestehenden Probleme haben aber weniger mit der Herkunft als vielmehr mit einem Mangel an Bildung und Aufstiegschancen zu tun. Gerade diese Gebiete müssen daher gezielt in den Fokus integrations- und sozialpolitischer Maßnahmen gerückt werden, damit sie nicht zur Sackgasse für die Bewohnerinnen und Bewohner werden. Deshalb müssen gerade Schulen in benachteiligten Stadtteilen pädagogisch besonders attraktiv und personell gut ausgestattet sein.

Willkommen in Deutschland

Die Einbürgerungszahlen sind im Keller. Deutschland nimmt es in Kauf, dass das vorhandene Einbürgerungspotenzial im Land kaum ausgeschöpft wird. Wir Grüne werben verstärkt für die Einbürgerung von ZuwanderInnen. Unabhängig davon übersteigt die Nachfrage nach Plätzen in Integrationskursen das Angebot bei weitem. Dieses Interesse wollen wir fördern und die Integrationskurse angemessen ausstatten. Nur so können alle MigrantInnen, die einen entsprechenden Kurs besuchen wollen, einen Platz erhalten und den Kurs erfolgreich abschließen. Statt zu handeln verbreitet die Regierungskoalition aber lieber populistische Thesen, in dem sie von Integrationsverweigerern spricht, während in der Realität in den allermeisten Kommunen die bereitgestellten Mittel für die Integrationskurse längst nicht ausreichen.

Als Grüne stehen wir dafür, allen EinwandererInnen die Integration in Deutschland zu ermöglichen. Derzeit leben in Deutschland aber immer noch rund 90.000 Geduldete in einer Grauzone: Wir unterstützen kommunale Bündnisse in Niedersachsen mit dem Ziel, drohende Abschiebungen von Menschen zu verhindern, die Deutschland als ihr Zuhause betrachten und fordern eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung und eine sichere Zukunftsperspektive für diese Menschen.

Statt halbherziger Symbolpolitik echte Teilhabe ermöglichen

Das Fundament der Teilhabe ist die gemeinsame Wahl einer kommunalen Vertretung aller Menschen, die in einem Gemeinwesen leben. Deshalb fordern wir erleichterte Einbürgerungsbedingungen und das kommunale Wahlrecht auch für Nicht-EU-BürgerInnen. Integrationsbeiräte in den Kommunen müssen ernst genommen werden. Die Kommunen sollen ihnen bei allen relevanten Fragen der Integrationspolitik frühzeitig Mitwirkungsmöglichkeiten anbieten. Wir Grüne setzen uns für die Entwicklung und Umsetzung von kommunalen Integrationskonzepten ein. Diese sollen im Dialog mit den Beiräten, mit MigrantInnenorganisationen, Wohlfahrtsorganisationen und den TrägerInnen interkultureller und sozialer Projekte entwickelt werden.

Teilhabe bedeutet auch das Nicht-Ausgeschlossen-Sein vom Arbeitsmarkt. Kommunen können hier einen Beitrag leisten, indem sie die längst überfällige systematische Öffnung der Verwaltung für Menschen mit Migrationshintergrund betreiben. Dazu gehören auch interkulturelle Schulungen für die Verwaltungen. Schutz vor Diskriminierung darf nicht nur auf dem Papier stehen: Der von der OECD nachgewiesenen Diskriminierung von MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland müssen Politik und ArbeitgeberInnen aktiver entgegenreten.

Eine starke Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Die lokalen Initiativen und Bündnisse gegen Rechtsextremismus benötigen größtmögliche Unterstützung. Wir Grüne fordern ein offensives Auftreten der Kommunen gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und rechtsextreme Tendenzen. Das Engagement gegen Rechts ist für uns kein Konjunkturthema, sondern kontinuierlicher grundlegender Bestandteil unserer politischen Arbeit. Wir wollen ein gesellschaftliches Klima der Anerkennung, Toleranz und Fairness, das dem Rechtsextremismus den Boden entzieht. Das betrifft nicht nur Nazis, sondern auch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung in der sogenannten Mitte der Gesellschaft.

Der Staat muss rechtsextremistische Propaganda konsequent und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln unterbinden. In den Städten und Kommunen brauchen wir eine lebendige Erinnerungskultur, die über die Shoa und den Nationalsozialismus aufklärt und Lehren daraus für die Gegenwart und die Zukunft zieht. Einen Schlusstrich gibt es für uns nicht. Historische und politische Bildung an den Schulen muss durch Menschenrechtsbildung ergänzt werden, die demokratische Werte frühzeitig vermittelt. Vor dem Hintergrund der Vielfalt in den Klassenzimmern bedarf es in der Aus- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern neuer pädagogischer und didaktischer Konzepte für die Aufklärung über Antisemitismus. Kommunale Schulprojekte gegen Rechtsextremismus brauchen deutlich mehr Unterstützung.

Das wirkungsvollste Mittel gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist eine starke, demokratische Zivilgesellschaft. Deshalb stärken wir Bündnisse vor Ort, zivilgesellschaftliche Programme und demokratische Netzwerke gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.. Grüne werden sich dabei an prinzipiell nicht an Bündnissen beteiligen, die undifferenziert gegen „Links- und Rechtsextremismus“ oder gegen „jeden Extremismus“ im Allgemeinen aufgestellt werden, da wir hierin eine gefährliche Gleichsetzung von Rechts und Links und damit eine Verharmlosung von Neonazi-Gewalt und Menschenfeindlichkeit in der sogenannten Mitte der Gesellschaft sehen! Unseren Protest gegen Nazis, Geschichtsrevisionismus, Rassismus und Antisemitismus zeigen wir auch auf der Straße und wir werden uns weiterhin mit Demonstrationen und friedlichen Blockaden rechtsextremen Kundgebungen und Aktionen entgegenstellen.

Grüne Personen für Grüne Ziele

Das Beziehungsgeflecht zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist in den letzten Jahren schwerfälliger geworden. Wir begrüßen, dass die Debatte über die Reform der föderalen Beziehungen im Zusammenhang auch mit der Finanzsituation in den Kommunen eine neue Dynamik bekommen hat.

Die Föderalismus-Kommission muss nun die Ebenen Bund – Länder – Gemeinden nicht nur übersichtlicher gestalten, sondern auch die Zuständigkeiten klarer umreißen. Aus Sicht der Grünen ist es dabei unerlässlich, dass Kommunen auch ein gesichertes Recht auf Anhörung, Mitwirkung und Widerspruch bei allen Gesetzesvorhaben auf Bundes- und Landesebene erhalten, die die Belange der Städte und Gemeinden berühren.

Bündnis 90/Die Grünen sind eine kommunale Partei. In der Tradition von Alternativen, Grünen und BürgerInnenlisten haben wir von Anfang an gerade vor Ort für Solidarität, Umwelt und Gerechtigkeit gekämpft. Unser Motto „Global denken, lokal handeln“ ist an vielen Orten in konkreten Entscheidungen umgesetzt worden. Uns ist es zu verdanken, dass es heute auch viele Frauen in den kommunalen Gremien gibt. Wir bieten auf offenen Listen auch Nichtmitgliedern, die Grüne Ziele vertreten, z.B. aus Umweltverbänden, Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlich engagierten Gruppen die Möglichkeit für eine Kandidatur. Inzwischen wird von anderen Parteien und Vereinigungen die hohe Kompetenz und das hohe Engagement unserer VertreterInnen anerkannt. Unsere erfolgreiche Arbeit wollen wir fortsetzen und setzen am 11.09.2011 auf Zugewinne: Nur mit möglichst vielen Mandaten und Fraktionsstatus in allen Gremien sind die in dieser Erklärung genannten Ziele umzusetzen.

Weil grüne BürgermeisterInnen auch in Ausübung ihrer gesetzlich verankerten unabhängigen Amtsführung ebenso wie unsere Grünen MandatsträgerInnen dazu beitragen können, grüne

Positionen und die Glaubwürdigkeit grüner Politik umzusetzen, werden wir auch weiterhin Direktkandidaturen unterstützen und freuen uns insbesondere über Kandidaturen von Frauen.

Grüne Kommunalpolitik gestaltet, Grüne in Niedersachsen mischen mit und bringen sich ein, für die Gemeinde, die Stadt, für ihre Region. Dabei sind wir kreativ, ideenreich und suchen neue Wege, um mehr Lebensqualität und menschliches Miteinander zu verankern. Wir wollen unsere Kommunen zukunftsfähig machen mit mehr ökologischer, mehr sozialer und gerechterer Politik.

Jede Stimme für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützt unsere Forderungen und trägt dazu bei, dass Niedersachsen in Zukunft grüner werden kann!